

DEMOKRATIE AUF DEM PRÜFSTAND

Der Aufstieg des Populismus in Deutschland ist bemerkenswert. In weniger als zehn Jahren wuchs die 2013 gegründete »Alternative für Deutschland« (AfD) von einem liberal-konservativen Zirkel, der die Euro-Rettungspolitik kritisierte, zu einer rechtspopulistischen Volkspartei heran. 2017 zog sie mit 12,6 Prozent der Zweitstimmen in den Bundestag ein. Zwei Jahre später wurde sie bei der Landtagswahl in Sachsen mit 27,5 Prozent zweitstärkste Kraft, knapp hinter der CDU. Viele hofften, dass Enthüllungen rechtsextremer »Remigrations«-Pläne im Januar 2024 und die anschließenden Massendemonstrationen gegen rechts den Zulauf stoppen könnten – doch das Gegenteil geschah. Bei der Landtagswahl 2024 erreichte die AfD in Thüringen mit einem Drittel der Stimmen Platz eins. Gleichzeitig trat mit dem »Bündnis Sahra Wagenknecht« (BSW) eine populistische Bewegung auf, die sozialistische mit nationalistischen Positionen verbindet. In Sachsen, Brandenburg und Thüringen erreichte das BSW zwischen 12 und 16 Prozent. Fast jede zweite Stimme in diesen Ländern ging somit an Populisten. Im Westen ist der Anteil geringer, doch bei der Bundestagswahl im

Februar 2025 erzielte die AfD landesweit stolze 20,8 Prozent und in den östlichen Bundesländern sogar 38 Prozent. Das BSW verpasste mit 4,97 Prozent haarscharf den Einzug in den Bundestag.

Vollzieht sich vor unseren Augen der Niedergang der Demokratie? In der jungen Bundesrepublik wurde immer wieder betont: Bonn ist nicht Weimar. Richtig. Aber Berlin ist nicht Bonn. Hat sich nach fast achtzig Jahren Bundesrepublik – dem längsten demokratischen Kapitel in der deutschen Geschichte – die Demokratie aufgezehrt? Oder ist sie stark genug, sich zu erneuern?

Zweifellos ist die parlamentarische Demokratie in Deutschland, wie anderswo, an einem Scheideweg angelangt. Um zu verstehen, wie es dazu kommen konnte, müssen wir zunächst fragen, wer die Menschen sind, die für die AfD stimmen, und was sie bewegt. Darüber hinaus ist der Vergleich mit anderen Ländern wichtig, denn Populismus ist ein internationales Phänomen. Damit ist aber nicht gesagt, dass er ein und derselben Quelle entspringt und in ein und dieselbe Richtung fließt. Neben Gemeinsamkeiten gibt es Abweichungen und Unterschiede, die von der speziellen Ost-West-Konstellation Deutschlands sowie seiner besonderen wirtschaftlichen Lage und politischen Kultur geprägt sind.

Um die Zukunftschancen unserer parlamentarischen Demokratie einschätzen zu können, ist ein Blick in die Vergangenheit notwendig. Die Umwälzungen nach der Wiedervereinigung haben maßgeblich zur aktuellen Misere beigetragen. Es greift aber zu kurz, die Diagnose wie üblich erst ab 1990 zu stellen. Damit werden wichtige Entwicklungen übersehen. Die Ostdeutschen kamen in die schwierige Transformations-

zeit *nach* 1990 mit Erwartungen und Frustrationen, die sie *vor* 1990 in der DDR gesammelt hatten. Nicht weniger wichtig ist es, die alte Bundesrepublik miteinzubeziehen. Krisen und Konflikte gab es auch hier vor 1990 mehr als genug. Sie zu sehen hilft, unser – sagen wir es offen – idealisiertes, weichgezeichnetes Bild der Demokratie der Wirklichkeit anzupassen. Konflikte gehören zur Demokratie dazu, und wir sollten uns daran erinnern, dass solche Herausforderungen bewältigt werden können und in der Vergangenheit bewältigt wurden.

Populismus mit deutschem Akzent

Deutschland ist in Sachen Rechtspopulismus ein Nachzügler. In Frankreich agiert der »Front National« seit 1972 – da war Alice Weidel noch nicht einmal geboren. Jörg Haider übernahm 1986 das Ruder der »Freiheitlichen Partei Österreichs« (FPÖ). Viktor Orbán gründete »Fidesz« in Ungarn 1988 und wurde zehn Jahre später zum ersten Mal Ministerpräsident. Die »Lega Nord« in Italien existiert seit 1991, und Geert Wilders' »Volkspartei für Freiheit und Demokratie« (PVV) in den Niederlanden seit 2006. Donald Trump hatte zwei Wegbereiter in Ross Perot und Pat Buchanan – den US-Präsidentschaftskandidaten in den Jahren 1992 und 1996. Auch in Deutschland gab es Vorboten, mit der in München gegründeten Partei »Die Republikaner« (REP) Anfang der 1980er Jahre und 2000 mit der »Partei Rechtstaatliche Offensive« (»Schill-Partei«) in Hamburg. Beide waren aber zu klein und zerstritten, um den Sprung auf die Bundesebene zu schaffen. Das sollte erst der AfD gelingen.

Was sagt der späte populistische Durchbruch über den Zustand der Demokratie in Deutschland aus? Die Gründe für den internationalen Vormarsch der Populisten sind vielfältig. Allen Ländern gemeinsam sind die zunehmende Distanz vieler Wähler zu gewählten Repräsentanten und Entscheidungsträgern und das damit einhergehende Gefühl der Machtlosigkeit. Dies resultiert sowohl aus der Verlagerung von politischen Entscheidungen auf Zentralbanken und internationale Organe, die hinter verschlossenen Türen tagen, als auch aus einer wachsenden Kluft zwischen Politikern und Bürgern. Gewählte Volksvertreter werden zunehmend als Angehörige einer Großstadtelite wahrgenommen, die sich mehr um andere globale Eliten kümmern als um die »eigenen Leute« daheim. Schon 2004 konstatierte der britische Politikwissenschaftler Colin Crouch, dass Globalisierung und der Niedergang der Arbeiterbewegung zu einer »Post-Demokratie« führen würden. Dass sich die etablierten Parteien in ihren Positionen einander angenähert haben, hat das Vertrauen in die parlamentarische Demokratie weiter sinken lassen: Warum zur Wahl gehen, wenn die neue Regierung am Ende doch nur die gleiche Politik macht wie die Regierung zuvor? Sinkende Wahlbeteiligung und der Mitgliederschwund der etablierten Parteien seit den 1990er Jahren waren wichtige Vorboten der populistischen Wende. Soziale Medien verschärfen die Polarisierung und verschieben mit ihren Echokammern die Grenzen des Sag- und Machbaren. Schließlich verweisen viele Beobachter auf die wachsende Ungleichheit im Zeitalter der Globalisierung. Warum sich für ein System einsetzen, das einen zum Verlierer macht? Populisten entpuppen sich als die

wahren Nutznießer des Neoliberalismus und seiner sozialen Kosten.¹

Betrachtet man Deutschland, so fallen einige Parallelen ins Auge. Seit 2000 haben die alten Parteien eine Million und damit fast die Hälfte ihrer Mitglieder verloren. Die Wahlbeteiligung ging zurück, wenn auch etwas später als in den meisten Nachbarländern. Die AfD formierte sich 2013 ganz gezielt als Protest gegen die nicht gewählten »Bürokraten in Brüssel« sowie Angela Merkels Euro-Rettungspolitik, die von der Kanzlerin stets als »alternativlos« hingestellt wurde. Seitdem wurden regelmäßig alle Teile des parlamentarischen Systems als undemokratisch angegriffen: Bundestagsabgeordnete seien »korrupt«, die Kanzlerin sei eine »Diktatorin« und Minister die »Erfüllungsgehilfen« internationaler Organisationen. Wie anderswo sind die alten Volksparteien näher aneinandergerückt und haben so ihre markante Positionierung verloren – die ehemals radikalen Grünen träumten davon, Volkspartei zu werden, eine CDU-Kanzlerin setzte sich für Migration ein. Statt großer Alternativen gab es große Koalitionen. Die AfD nennt es »Parteienkartell«. So betrachtet, kann der Durchbruch des Populismus in Deutschland kaum verwundern.

Doch so einfach liegen die Dinge nicht. Die landläufigen Erklärungen des Populismus pflegen auf die bekannten Schwachstellen im demokratischen System hinzuweisen, oft auf so dramatische Weise, dass dessen Niedergang fast vorprogrammiert erscheint. Die Thesen sind überfrachtet – »überdeterminiert«, wie man in der Wissenschaft sagt. Sie verleiten zu Fatalismus.

Wenn man die Entwicklung genauer betrachtet, ergibt sich

eine andere Lesart. Beginnen wir mit der Zeit vor der Corona-Pandemie. Jedes Jahr wird das Vertrauen der Europäer in das politische System ihres Landes gemessen. Während es in Italien, Spanien und Griechenland zwischen 2004 und 2018 absackte, nahm das Vertrauen in Deutschland zu. Und zwar im Osten wie im Westen, wenn auch auf unterschiedlichem Niveau. Im Jahr 2005 erklärten 63 Prozent der Ostdeutschen, die Demokratie sei »die beste Staatsform« (85 Prozent der Westdeutschen), 2019 waren es 79 Prozent (im Westen 91 Prozent). Zum ersten Zeitpunkt glaubten noch 22 Prozent, es gäbe »eine andere Staatsform, die besser ist« (im Westen 6 Prozent), später waren es nur noch 10 Prozent (im Westen 4 Prozent).

Man mag entgegenen, dass Idee und Wirklichkeit zweierlei sind. Aber auch in Bezug auf die demokratische Praxis stieg die Befürwortung. Ein Jahr nach der Wiedervereinigung waren lediglich 40 Prozent der Ostdeutschen »sehr« oder »ziemlich zufrieden« damit, wie die »Demokratie in Deutschland funktioniert« (im Westen 70 Prozent). Im Jahr 2005 sank dieser Wert gar auf einen Tiefstand von 30 Prozent (im Westen 60 Prozent). Danach ging es allerdings bergauf, 2014 erreichte die Zufriedenheit 60 Prozent (im Westen 75 Prozent), bevor sie 2023 wieder abfiel – auf 40 Prozent. Dass es in diesen Jahren allerlei Versäumnisse gab, die den Deutschen heute das Leben erschweren, änderte nichts an der überwältigenden Zustimmung, die die alten Parteien damals genossen. Angela Merkel hat sich nicht selbst zur Kanzlerin gewählt. Von einer unausweichlichen Entfremdung vom demokratischen System kann in den Jahren vor Corona keine Rede sein. Im Gegenteil: Die Mehrheit der Deutschen zeigte sich zufrieden mit der Demokratie. Nur eine Minderheit wandte sich ab.²

Der Populismus wird gerne als Zufluchtsort für die Verlierer der Globalisierung dargestellt. Das mag die Erfolge von Donald Trump in den USA und Marine Le Pen in Frankreich erklären. Für Deutschland macht das wenig Sinn. Wenn ein Land von der Globalisierung profitierte, dann war es Deutschland. Die 2010er Jahre, in denen die AfD Fuß fasste, waren gute Jahre. Der Erfolg war zum Teil auf Treibsand gebaut, wie noch zu sehen sein wird. Damals allerdings warf der Exportboom beträchtliche Gewinne ab. Die Wirtschaft wuchs im Durchschnitt um rund 1,5 Prozent zwischen 2009 und 2018, und mit ihr die Zahl der Arbeitsplätze. Lag die Arbeitslosenquote 2005 noch bei 21 Prozent im Osten (11 Prozent im Westen), war sie 2019 auf 7 Prozent gefallen (5 Prozent im Westen). Die Angst, arbeitslos zu werden, nahm ab. Was blieb, war die Sorge um die eigene finanzielle Absicherung – auch in der Mitte der Gesellschaft.³ Vermögensunterschiede sind seit 2014 leicht zurückgegangen, aber die Einkommen klafften weiter auseinander. Allerdings sind die Löhne in Deutschland zwischen 2013 und 2020 inflationsbereinigt um 20 Prozent gestiegen. Zum Vergleich: In Großbritannien stagnieren sie seit 2008, in Italien sind sie sogar gesunken. Dank des 2015 eingeführten Mindestlohns hatten selbst Geringverdiener zumindest *etwas* mehr Geld in ihrer Lohntüte. *Weniger* Menschen sind seitdem im Niedriglohnsektor beschäftigt, nicht mehr. Trotz Ungleichheit ging es also am Vorabend der Pandemie fast allen Menschen besser als in den ersten zehn, fünfzehn Jahren nach der Einheit.⁴

Die AfD ist nicht die Partei des Prekariats. So hätte sie es 2017 nie in den Bundestag geschafft. Im Gegenteil, vielen ihrer Wähler geht es gar nicht so schlecht. Sie gehören

nicht zu den wirklich Abgehängten der Globalisierung. Was sie zur AfD trieb, war die Angst, abgehängt zu werden. Das internationale Narrativ von den Verlierern der Globalisierung entwickelte eine Eigenlogik, die die Selbstwahrnehmung färbte. Bei der Bundestagswahl 2017 erhielt die AfD überdurchschnittlich viele Stimmen von Wählern, die sich zu den Verlierern zählten. Dabei war die AfD im Westen in Baden-Württemberg und Bayern und erneut nach der Wahl 2025 am stärksten – leistungsstarke Industriestandorte, für die der Weltmarkt besonders lukrativ war und ist. Doch wie lange noch? Viele Facharbeiter waren verunsichert. Im Osten feierte die AfD ihren größten Erfolg ebenfalls im dynamischsten Bundesland, in Sachsen.⁵ Hier speiste sich die Angst aus der Erinnerung an die Wirren nach der Wende und die Arbeitslosigkeit. Wie sicher war das Leben, das man sich so mühsam wiederaufgebaut hatte? AfD-Wähler waren eher Gewerkschaftsmitglieder mit guten Jobs als Gelbwesten und Teilzeitarbeiter mit »shit jobs«. Hier liegt ein wichtiger Unterschied zu Trumps Attraktivität im deindustrialisierten »rust belt«, ebenso wie zu Le Pens Rückhalt im strukturschwachen Norden Frankreichs.

Wie man sieht, hängt das Urteil darüber, wie stark oder schwach die Demokratie ist, zu einem großen Teil davon ab, welchen Zeitrahmen man wählt. Nimmt man einen kurzen Zeitraum, sagen wir von 2020 bis 2025, sieht es sehr düster aus. Es wimmelt nur so von Wutbürgern, Verschwörungstheorien und populistischen Erfolgen bei Landtags- und Kommunalwahlen. Geht man zehn, fünfzehn Jahre zurück, gewinnt das Bild an Farbe. Die momentane Krise der Demokratie fühlt sich besonders dramatisch an, weil sie auf eine

lange Phase wachsender Zustimmung folgt. Deutschland ist nicht Italien, Spanien oder Griechenland, wo das Vertrauen in das politische System seit 2000 stetig schwindet. Das macht die deutsche Krise nicht weniger bedeutsam, weist aber auf ihre besondere Dynamik hin.

Der Umschwung wurde maßgeblich durch zwei Ereignisse ausgelöst: die Migrationswelle 2015 sowie die Corona-Pandemie. Die Ankunft von fast einer Million Flüchtlinge polarisierte die deutsche Gesellschaft spürbar. Während 55 Prozent der Bevölkerung den Flüchtlingen halfen – ein historisches Ausmaß von Hilfsbereitschaft –, reagierten andere mit Angst, Ablehnung und Abwehr, nicht nur, aber vor allem im Osten des Landes, wo fremdenfeindliche Tendenzen stärker ausgeprägt waren und sind. Die Unzufriedenheit mit der Flüchtlingspolitik übertrug sich auf das politische System im Ganzen – im Laufe des Jahres sank die positive Einstellung gegenüber der Demokratie im Osten um 12 Prozent ab (4 Prozent im Westen).⁶ Merkels Flüchtlingspolitik galt vielen als »Volksverrat«. Und das »Volk« erhob sich gegen seine Vertreter. Im Oktober 2015 errichteten Demonstranten in Dresden selbstgebastelte Galgen für die Bundeskanzlerin und ihren Vize Sigmar Gabriel. Für die demokratische Kultur war es ein Dambruch. Schlimmeres sollte folgen. Angriffe auf Asylbewerber und ausländische Mitbürger nahmen dramatisch zu. Am 2. Juni 2019 wurde Walter Lübcke, der Regierungspräsident von Kassel, vor seinem Haus erschossen. Er hatte sich für Flüchtlinge und gegen Populisten eingesetzt. Die Fronten verhärteten sich.

Die Pandemie bot Populisten einen zusätzlichen Resonanzboden. Lockdowns beeinträchtigten das bereits ge-

schwächte Ökosystem des demokratischen Lebens und verringerten die politische Beteiligung. Das Vereinsleben – die Vorschule demokratischer Tugenden – litt. Hatte 2018 noch jeder fünfte Bürger in Ost und West Kontakt mit Politikern, war es 2020 nur noch jeder achte. Was sich hielt, waren Demonstrationen, nur dass diese sich jetzt zunehmend gegen die politische Elite richteten. Zum anderen förderte die Pandemie in Deutschland wie andernorts Verschwörungstheorien aller Art, in denen gewählte Entscheidungsträger zu Handlangern fremder Interessen – Big Pharma, dem jüdischen Kapital, einer Weltregierung – wurden und die Pandemie benutzten, um die staatliche Macht auszuweiten. Kritiker der Impfkampagnen stilisierten Bürger zu Opfern staatlicher Willkür. In Ostdeutschland lagen die Impfraten ein Viertel unter denen im Westen, auch weil die Naturheilkunde hier besonders verwurzelt ist.⁷ Das Misstrauen gegen die Schulmedizin verstärkte das Misstrauen gegen den Staat und Impfungen. In allen europäischen Ländern sind Einschränkungen und Impfpolitik heftig diskutiert worden, aber in keinem scheint diese Zeit so tiefe Gräben hinterlassen zu haben wie in Deutschland und Italien. Die Einsetzung eines Corona-Untersuchungsausschuss war ein zentrales Wahlkampfthema von AfD und BSW bei den Landtagswahlen 2024 und von Giorgia Melonis rechten Brüdern Italiens (Fratelli d'Italia). Der Verdacht eines geplanten Überwachungsstaates findet im Land der früheren Stasi besonders Gehör.